

## **Beschluss ES-01** Sichere Energieversorgung für den Winter

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 14.10.2022

Tagesordnungspunkt: Beschlüsse

### **Antragstext**

1 Der Angriff Russlands auf die Ukraine bedeutet unermessliches Leid für die Menschen in der  
2 Ukraine, eine Bedrohung für die europäische Sicherheitsordnung und Risiken für die weltweite  
3 Ernährungssicherheit. Er bringt aber auch große Herausforderungen für unsere  
4 Energieversorgung mit sich.

5 Mit der von zahlreichen Vorgängerregierungen forcierten Abhängigkeit Deutschlands von  
6 russischen fossilen Energieträgern, vor allem von russischem Gas, wurde Vladimir Putin ein  
7 Instrument an die Hand gegeben, um direkten Einfluss auf unsere Versorgungssicherheit,  
8 unseren Wohlstand und unsere Wirtschaft zu nehmen. Längst hat die russische Regierung  
9 mithilfe willkürlicher Drosselungen oder Abschaltungen der Gaslieferungen einen  
10 Wirtschaftskrieg mit Europa begonnen. Wir unternehmen daher in der Ampel-Koalition jede  
11 Anstrengung, Deutschland nicht nur aus der energiepolitischen Abhängigkeit Russlands zu  
12 befreien. Wir wollen die fossile Abhängigkeit unserer Gesellschaft überwinden und mit einer  
13 dekarbonisierten Energieversorgung die Souveränität Deutschlands und Europas stärken. Dabei  
14 setzen wir Grüne mit aller Kraft auf Einsparung, Energieeffizienz und den beschleunigten  
15 Ausbau erneuerbarer Energien sowie den Bau von Stromspeichern.

16 Sie sind der beste Beitrag, um die dreifache Herausforderung aus Klimaschutz,  
17 Energiesicherheit und Bezahlbarkeit zu bewältigen. Gleichzeitig muss Deutschland  
18 gezwungenermaßen für die Übergangszeit verstärkt auf fossile Energien zurückgreifen –  
19 Kohlekraftwerke etwa, die in den Markt zurückkehren, oder LNG-Gas, für dessen Anlandung  
20 schwimmende und auf Wasserstoff umrüstbare feste Terminals gebaut werden.

21 Diese Politik tragen wir Grüne in der Koalition mit SPD und FDP, weil wir uns unserer  
22 Verantwortung für das Land bewusst sind und uns die Aggression Putins dazu zwingt, eine  
23 konsequente Klimapolitik mit der Notwendigkeit der Versorgungssicherheit in Einklang zu  
24 bringen. Die Ampelkoalition arbeitet zugleich mit Hochdruck daran, Bürger\*innen und  
25 Unternehmen, welche die zusätzlichen Belastungen nicht eigenständig tragen können,  
26 zielgerichtet vor den Verwerfungen der Energiekrise zu schützen. Mit mittlerweile drei  
27 Entlastungspaketen, die wir als Grüne maßgeblich mitgestaltet haben, haben wir bereits viele  
28 Menschen und Unternehmen in Zeiten dramatischer Preisanstiege unterstützt.

### **Vorrang für erneuerbare Energien**

30 Parallel zu den explodierenden Gaspreisen durch den Angriff Russlands auf die Ukraine hat  
31 der Ausfall der französischen Atomkraftwerke die Strompreise in ganz Europa zusätzlich  
32 massiv in die Höhe getrieben. Der Versuch, Versorgungssicherheit durch Atomkraftwerke  
33 herzustellen, scheitert in Frankreich an überalterten Kühlrohren und von der Klimakrise  
34 ausgetrockneten Flüssen. Das treibt nicht nur Europas Strompreise, sondern gefährdet  
35 potentiell die Stabilität in Teilen des europäischen Stromnetzes in diesem Winter, etwa in

36 Bayern. So standen zeitweise über die Hälfte aller französischen Atomkraftwerke still, die  
37 Stromproduktion aus Wasserkraft war aufgrund der klimakrisenbedingten Dürre in vielen  
38 europäischen Ländern auf einem Tiefstand und das dürrebedingte Niedrigwasser auf dem Rhein  
39 ermöglichte nur eingeschränkt den Transport von Kohle an die entsprechenden Kraftwerke.  
40 Hinzu kommt, dass durch den insbesondere auch von der CSU verzögerten Netzausbau Strom, vor  
41 allem aus erneuerbaren Energien, nicht ausreichend von Nord nach Süd transportiert werden  
42 kann. Dadurch drohen Engpässe insbesondere in Süddeutschland. Bitter rächt sich nun, dass  
43 die bayerische Staatsregierung den Ausbau der Windkraft und der Übertragungsleitungen massiv  
44 bekämpft hat. Damit hat die CSU nicht nur für das Land Bayern eine schwierige Situation  
45 geschaffen, sondern für die Bundesrepublik insgesamt.

46 Unsere Verantwortung für die Menschen in unserem Land und für die Versorgungssicherheit  
47 gebietet es, die Situation in diesem Winter sachlich und problemorientiert zu bewerten. Um  
48 die Diskussion zu versachlichen, hat das Bundeswirtschaftsministerium einen zweiten  
49 Stresstest zur Netzstabilität in Auftrag gegeben, in dem verschiedene Krisenszenarien für  
50 den Winter 2022/23 berechnet wurden. Der Stresstest hat ergeben, dass eine krisenhafte  
51 Situation im Stromsystem für diesen Winter zwar sehr unwahrscheinlich ist, aber nicht  
52 vollständig ausgeschlossen werden kann. Damit besteht mit geringer Wahrscheinlichkeit die  
53 Gefahr von regionalen Lastunterdeckungen.

54 Um dieser Gefahr vorzubeugen, steht ein Bündel von Maßnahmen zur Verfügung. Dazu gehört die  
55 zusätzliche Stromproduktion durch Windenergie, Photovoltaik und Biogasanlagen, die Erhöhung  
56 von Transportkapazitäten über die vorhandenen Stromnetze, die Nutzung von alternativen  
57 Kraftwerksreserven und die Aktivierung von Leistungsreserven bei Kohlekraftwerken sowie die  
58 Erweiterung des Lastmanagements in enger Absprache mit der Industrie. Wir brauchen ergänzend  
59 und netzstabilisierend regional differenzierte Märkte. Außerdem werden besonders die Träger  
60 öffentlicher Gebäude zum Energiesparen angehalten und alle Stromverbraucher\*innen, vom  
61 Anlagenbetreiber über Ladenbesitzer\*innen bis hin zu Privatleuten, bei ihren Bemühungen  
62 unterstützt. Maßnahmen zur Energieeffizienz und Energieeinsparung werden verstärkt. All das  
63 ist entscheidend, um die Versorgungssicherheit in diesem Winter zu gewährleisten.

#### 64 **Windkraftausbau zusätzlich beschleunigen**

66 Die bisher ergriffenen Maßnahmen beschleunigen den Ausbau der Windkraft für die Zukunft. Für  
67 2022 und 2023 – und somit entscheidend für die kommenden Winter – leidet der Zubau noch an  
68 den Versäumnissen der Vorgängerregierungen. Wir wollen zusätzlich den Ausbau der Windkraft  
69 an Land kurzfristig ankurbeln, um die Energiepreise zu dämpfen und klimaschädliche  
70 Kohlekraft zu ersetzen. Derzeit liegen Anträge zur Errichtung von 8 bis 10 Gigawatt  
71 Windkraft in den Genehmigungsbehörden. Wir fordern Bund, Länder und Kommunen auf, diese  
72 Anlagen angesichts des russischen Energiekriegs gegen Europa in Schnellverfahren innerhalb  
73 der nächsten sechs Monate zu genehmigen. Dazu müssen Bund und Länder die  
74 Genehmigungsbehörden vor Ort massiv unterstützen. Wir werden die  
75 Beschleunigungsmöglichkeiten soweit rechtlich möglich dafür genauso ausreizen wie beim Bau  
76 der schwimmenden LNG-Terminals, als einmalige Regelung in der Sondersituation der von  
77 Russland herbeigeführten Energiekrise. Zudem müssen bestehende landesspezifische  
78 Zusatzabstände für Windkraftanlagen von Wohnbebauung, die über die bundesweit gültigen  
79 Regelungen hinausgehen, abgeschafft werden.

80 Das Ergebnis des Stresstestes ist eindeutig: Die Atomkraft ist nicht die Lösung für das  
81 drohende Energieproblem in diesem Winter. Selbst im Süden könnte die Atomenergie nur einen  
82 Bruchteil der notwendigen Maßnahmen zur Netzstabilisierung leisten. Es braucht ein ganzes  
83 Maßnahmenbündel, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Bezogen auf die Atomkraft  
84 hat der Stresstest die lauten Stimmen widerlegt, die im Weiterbetrieb der drei noch am Netz  
85 befindlichen Atomkraftwerke die Lösung aller Probleme sehen. Denn insgesamt spielt die

86 Atomenergie selbst im Worst-Case Szenario im Vergleich zu den anderen dringenden Maßnahmen  
87 nur eine untergeordnete Rolle, wenn es darum geht, in kritischen Situationen die  
88 Netzsicherheit zu gewährleisten. So erweist sich der Beitrag der AKW für die  
89 Versorgungssicherheit insgesamt als begrenzt, ihr Beitrag zum Einsparen von Gas und zur  
90 Dämpfung der Strompreise als marginal.

### 91 **Eine befristete Einsatzreserve für den Notfall**

92 Für den äußersten Notfall, so unwahrscheinlich er auch sein mag, wollen wir dennoch  
93 vorsorgen und auf alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten für die Netzstabilisierung  
94 zurückgreifen können. Deswegen stimmen wir zu, eine konditionierte, zeitlich begrenzte und  
95 von der Atomaufsicht der Länder strikt überwachte und von der Bundesaufsicht begleitete AKW-  
96 Einsatzreserve zu schaffen. Damit endet die Laufzeit der verbliebenen drei Atomkraftwerke  
97 regulär zum 31. Dezember dieses Jahres. Die beiden AKW im Süden des Landes, Isar 2 und  
98 Neckarwestheim 2, werden jedoch bis maximal 15. April 2023 weiter in Betriebsbereitschaft  
99 gehalten und stehen so – ohne neue Brennelemente – zur Verfügung, um, falls nötig, einen  
100 Beitrag zur Stabilisierung des Stromnetzes in Süddeutschland zu leisten.

101 Wir begrüßen die in der Vereinbarung mit der Bundesregierung erklärte Bereitschaft der  
102 Betreiber von Isar 2 und Neckarwestheim 2 zum potentiellen Reservebetrieb, sowie die  
103 erklärte Absicht, diese Anlagen nach dem 15. April 2023 unverzüglich zurück zu bauen.  
104 Bündnis 90/Die Grünen werden im Bundestag keiner gesetzlichen Regelung zustimmen, mit der  
105 neue Brennelemente, noch dafür notwendiges neues angereichertes Uran beschafft werden soll.  
106 Sie sind für eine Einsatzreserve nicht erforderlich; neuer, gefährlicher Atommüll wird nicht  
107 produziert. Nur für einen begrenzten Zeitraum bis zum 15. April 2023 und nur für die zwei  
108 süddeutschen AKW ist ein eng konditionierter Einsatz zur Abwehr einer konkreten Gefahr für  
109 die Versorgungssicherheit und ist eine Änderung der gesetzlichen Grundlagen für den  
110 Leistungsbetrieb von Atomkraftwerken vertretbar und damit zustimmungsfähig. Das AKW Emsland  
111 wird zum 1. Januar 2023 endgültig abgeschaltet und zurückgebaut. Wir schalten lieber  
112 gefährliche Hochrisikokraftwerke ab, als Windparks abzuregeln - weil sie durch AKW aus dem  
113 Netz gedrängt werden - und als für nicht produzierten Strom trotzdem Geld zahlen zu müssen.

114 Wir lehnen Forderungen nach weiteren Laufzeitverlängerungen klar ab. Die Risiken im  
115 Stromsystem für den kommenden Winter unterscheiden sich wesentlich vom Winter 2023/24, weil  
116 durch die längere Vorlaufzeit bereits beschlossene Maßnahmen dann stärker wirken und noch  
117 weitere umgesetzt werden können. So setzen wir mit Unterstützung beim Energiesparen und  
118 Energieeffizienz auf ein wesentliches Element bei der dauerhaften und nachhaltigen  
119 Sicherstellung der Energieversorgung. Zusätzlich erhöhen wir bis dahin die Gas-  
120 Importkapazität über schwimmende LNG-Terminals so stark, dass keine Gasmangellage an den  
121 Gaskraftwerken mehr zu befürchten ist. Wir steigern die Verfügbarkeit von Strom aus Biogas-  
122 Anlagen und aus anderen Erneuerbaren. Ebenso verbessern wir die Leistungsfähigkeit der  
123 Stromnetze, die Kraftwerkskapazitäten und flexible Lasten. Damit werden bis Herbst 2023 die  
124 Unsicherheitsfaktoren deutlich reduziert und die Versorgung bleibt auch in Extremszenarien  
125 gesichert. Eine Verlängerung der Einsatzreserve über Frühjahr 2023 hinaus oder eine  
126 Wiederbelegung im Winter 2023/24 ist deshalb ausgeschlossen.

127 Der Einsatz der Reserve ist nicht voraussetzungslos. Sie kann im Winter 2022/23 und nur dann  
128 eingesetzt werden, wenn die Bundesregierung transparent und unter Mitwirkung des Bundestages  
129 feststellt, dass die Voraussetzungen eines Krisenszenarios, wie in den Bedingungen des  
130 Stresstests beschrieben, vorliegen und auch unter Ausnutzung der anderen Maßnahmen eine  
131 kritische Situation weiterhin droht. Die gesetzlichen Regelungen müssen sicherstellen, dass  
132 die Sicherheit der Anlagen gewährleistet ist, Sicherheitsaspekte auch gegen äußere  
133 Bedrohungen oberste Priorität haben und die Betreiber nicht aus ihrer Verantwortung  
134 entlassen werden.

135 **Der Atomausstieg bleibt**

136 Die Einsatzreserve ist eine verantwortungsvolle, angemessene, zeitlich begrenzte und  
137 zielgenaue Lösung, um auf ein Extremszenario vorbereitet zu sein und einer möglichen  
138 Netzinstabilität im kommenden Winter vorzubeugen. Sie trägt aber auch dem Risiko Rechnung,  
139 das der Einsatz von Atomkraft bedeutet.

140 Für uns ist klar: Der Atomausstieg bleibt. Atomkraft ist und bleibt eine  
141 Hochrisikotechnologie. Weiterhin ist für die Entsorgung des hochradioaktiven Abfalls keine  
142 Lösung in Sicht. Auch haben sich die Behauptungen von der Atomkraft als verlässlicher und  
143 günstiger Energiequelle immer wieder als Märchen entpuppt – davon zeugt einmal mehr der  
144 dramatische Ausfall der französischen AKW. Deutschland hat sich aus guten Gründen  
145 entschlossen, aus der Atomkraft auszusteigen. Atomkraft ist die Vergangenheit, nicht die  
146 Zukunft unserer Energieversorgung. Die Zukunft ist erneuerbar.